

Datenschutzerklärung zur Informationspflicht nach Art. 13 DSGVO zur Verarbeitungstätigkeit Rechnungserstellung zur Festsetzung und Erhebung von Gebühren und Beiträgen sowie der zugehörigen Nebenleistungen. Ihre personenbezogenen Daten (dies sind zum Beispiel Name, Anschrift und alle Informationen, die Sie im Hinblick auf eine Gebührenerhebung betreffen) werden zum Zwecke der Festsetzung und Erhebung von Gebühren verarbeitet. Rechtsgrundlage dieser Verarbeitung ist § 3 S.1 Nr. 2 Niedersächsisches Datenschutzgesetz (NDSG). Die Bereitstellung und Verarbeitung Ihrer persönlichen Daten ist daher gesetzlich vorgeschrieben. Deshalb sind Sie verpflichtet, die personenbezogenen Daten zur Verfügung zu stellen. Ihre Daten werden für die Gebührenerhebung für die Dauer von zehn Jahren nach vollständigem Abschluss aller die Gebührenveranlagung betreffenden Vorgänge gespeichert oder in sonstiger Form verarbeitet. Ihre personenbezogenen Daten, die uns bekannt gegeben worden sind, dürfen wir unter den engen Voraussetzungen des Steuergeheimnisses (§ 30 AO) an andere Personen oder Stellen weitergeben. Dazu gehören gemeindeintern bestimmte Fachbereiche sowie extern Verwaltungsgerichte, Amtsgerichte, Finanzämter und Polizei. Ebenso zählen Bevollmächtigte nach § 80 AO dazu.

Die Gemeinde Bunde als verantwortliche datenverarbeitende Stelle können Sie per E-Mail unter info@gemeinde-bunde.de bzw. postalisch unter Gemeinde Bunde, Der Bürgermeister, Kirchring 2 in 26831 Bunde kontaktieren. Sie können außerdem den Datenschutzkoordinator der Gemeinde Bunde per E-Mail unter datenschutz@gemeinde-bunde.de kontaktieren. Sie können gegenüber der Gemeinde Bunde im Rahmen des Gesetzes folgende Rechte geltend machen:

- Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf Berichtigung oder Löschung (Art. 16 und Art. 17 DSGVO)
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)
- Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung (Art. 21 DSGVO)
- Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Darüber hinaus können Sie sich an die Niedersächsische Aufsichtsbehörde für den Datenschutz/Landesbeauftragte für den Datenschutz wenden und dort ein Beschwerderecht geltend machen.